



„Dieses Piratenschiff ist vor Lampedusa. Ich verweigere nach wie vor die Landung. Es ist, als hätte jemand eine Polizeisperre durchbrochen.“

Der italienische Innenminister Matteo Salvini verweigert Landegenehmigung

„Ich habe beschlossen, in den Hafen von Lampedusa einzufahren. Ich weiß, was ich riskiere, aber die 42 Geretteten sind erschöpft. Ich bringe sie jetzt in Sicherheit.“

Carola Rackete, die Kapitänin der „Sea-Watch 3“, hat angekündigt, Lampedusa trotz des Verbots anzusteuern

Kriege und Klimawandel erschweren Kampf gegen Hunger

BERLIN (APA/AFP). Kriege und der Klimawandel erschweren nach Angaben der Welthungerhilfe den Kampf gegen den Hunger in der Welt. Die Zahl der Hungernden habe in den vergangenen Jahren ebenso zugenommen wie die Zahl der Flüchtlinge weltweit, erklärte die Hilfsorganisation gestern bei der Vorstellung ihrer Jahresbilanz für 2018. Durch Flucht und Klimawandel verlieren demnach immer mehr Menschen „die Grundlage für eine nachhaltige Ernährung und sichere Existenz“. „Viele Menschen haben keine Reserven und Widerstandskräfte mehr für die zunehmenden Wetterextreme“, warnte die Präsidentin der Welthungerhilfe, Marlehn Thieme. „Dürren, Überschwemmungen und Stürme vernichten Felder und Vieh und verschärfen den Hunger.“

Die Ärmsten tragen die Hauptlast

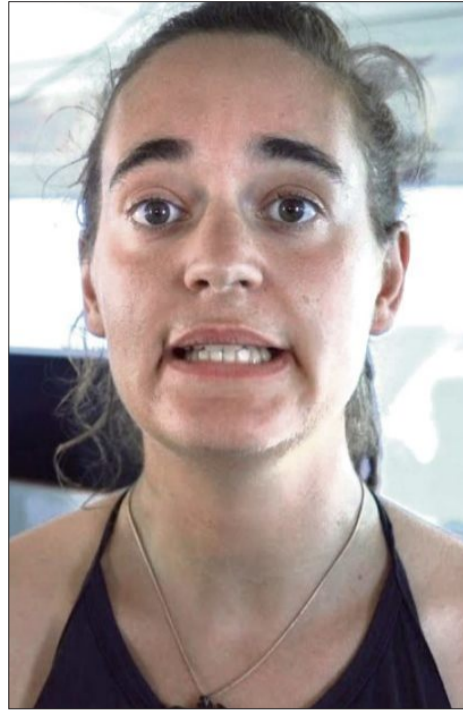
Die Ärmsten des Südens tragen die Hauptlast eines Problems, das vor allem die reichen Länder des Nordens verursacht hätten, erklärte Thieme. Die Bekämpfung des Klimawandels sei deshalb eine Frage der Gerechtigkeit. „Es gibt genügend Ressourcen, um alle Menschen ausreichend zu ernähren“, betonte Thieme. Der Generalsekretär der Welthungerhilfe, Matthias Mogge, fügte hinzu, die schlechte Sicherheitslage in vielen Krisengebieten erschwere den Zugang zu den notleidenden Menschen. Ganze Regionen seien

bei Kämpfen von der Außenwelt abgeschnitten und Kriegsparteien verhinderten die Einfuhr und den Transport von Hilfsgütern. Sogar Schulen und Krankenhäuser würden gezielt bombardiert. „Obwohl der Bedarf an Hilfe weltweit zunimmt, werden die Arbeitsbedingungen für unsere Mitarbeiter zunehmend gefährlicher und die Unterstützungsmöglichkeiten für Menschen in Not immer stärker eingeschränkt“, erklärte Mogge.

Lage der Kinder weiter schlecht

Die 6 größten internationalen Kinderhilfsorganisationen beklagen außerdem die Lage der Kinder weltweit. Es fehlten Nahrungsmittel, Medikamente und Schulen. Sie fordern die Regierungen in aller Welt auf, sich deutlich mehr als bislang für Kinder einzusetzen. Laut der Organisation „Globaler Aufbruch für Kinderrechte“ sterben jedes Jahr mehr als 5 Millionen Kinder an vermeidbaren Krankheiten, 64 Millionen Kinder besuchen „nicht einmal die Grundschule“. 150 Millionen Mädchen und Jungen tragen schwere gesundheitliche Schäden davon, weil sie hungerten.

Der Welthungerhilfe standen im vergangenen Jahr 213,6 Millionen Euro zur Verfügung. Die Spendeneinnahmen lagen demnach bei knapp 55 Millionen Euro, öffentliche Geber stellten mehr als 155 Millionen bereit. Die höchste Projektförderung erhielten Burundi, Liberia und Syrien.



Die Kapitänin der „Sea-Watch 3“, Carola Rackete (links), ignoriert das Verbot und postet ein Foto, auf dem das Wort „Basta“ steht. Die Flüchtlinge auf der Sea-Watch harren seit 2 Wochen auf dem Rettungsschiff aus.



Keine Lösung für Gerettete

MIGRATION: Sea-Watch fährt unerlaubt in den Hafen von Lampedusa ein – Salvini spricht von illegaler Aktion

ROM (dpa). Die deutsche Hilfsorganisation Sea-Watch ist mit ihrem Rettungsschiff trotz eines Verbots in italienische Gewässer gefahren und riskiert damit eine Strafe.

„Ich habe beschlossen, in den Hafen von Lampedusa einzufahren. Ich weiß, was ich riskiere, aber die 42 Geretteten sind erschöpft“, erklärte die Kapitänin der „Sea-Watch 3“, Carola Rackete, gestern.

Wenige Meilen vor dem Hafen der sizilianischen Insel wurde das Schiff von der Finanzpolizei gestoppt. Sea-Watch hatte vor 2 Wochen insgesamt 53 Migranten vor Libyen gerettet, bekam aber keine Anlegeerlaubnis in einem europäischen Hafen. Ein vor kurzem in Kraft getretenes Dekret der Regierung in Rom sieht Strafen zwischen 10.000 und 50.000 Euro vor, wenn private Schiffe mit Geretteten an Bord unerlaubt in die italienischen Gewässer fahren.

Der italienische Innenminister Matteo Salvini verweigert die Genehmigung für die Landung im Hafen von Lampedusa. „Dieses Piratenschiff ist vor Lampedusa. Ich verweigere nach wie vor die Landung“, so Salvini bei einer Pressekonferenz gestern in Rom. Salvini sprach sich für die Festnahme der deutschen Schiffskapitänin Carola Rackete aus, die trotz Italiens Verbot die „Sea-Watch 3“ mit 42 Migranten an Bord nach Lampedusa geführt hat. „Es ist, als hätte jemand eine Polizeisperre durchbrochen“, erklärte der Chef der Lega.

Salvini drohte der EU damit, künftig nicht mehr die Migranten zu registrieren, die in Italien landen. „So können sie ungestört andere EU-Länder erreichen. Die EU meldet sich bei uns nur, wenn es darum geht, uns Geld abzusaugen“, kritisierte der Innenminister.

Die NGO „Save the Children“ bemängelte, dass „unmenschliche politische Beschlüsse“ dazu geführt hätten, dass der Kapitän



11 Personen mussten wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes an Land gebracht werden. ANSA/Twitter Sea-Watch International

nin die Verantwortung für die Rettung von Menschenleben überlassen worden sei. Die NGO betonte, dass sich unter den Migranten an Bord 3 Minderjährige befinden.

Die Rechtspartei „Brüder Italiens“ (Fratelli d'Italia) meinte, die „Sea-Watch 3“ sollte konfisziert und versenkt werden. „Gegen den Willen des italienischen Staates verletzt die NGO Sea-Watch unsere Grenzen, mit dem Ziel, illegale Migranten nach Italien einzuschleusen“, so Partei-

chefin Giorgia Meloni. Das Rettungsschiff „Sea-Watch 3“ harrete seit Tagen in internationalen Gewässern unweit der sizilianischen Insel Lampedusa aus. Appelle von Hilfsorganisationen, die Geretteten in einem sicheren Hafen aussteigen zu lassen, liefen ins Leere. Der Bürgermeister von Lampedusa, Salvatore Martello, sprach von „geschmacklosem Theater“. Menschenrechtsaktivisten forderten eine sofortige Lösung.



Infolge von Kriegen und Klimawandel leiden zunehmend mehr Menschen an Hunger oder verlassen ihre Heimat. APA/afp/MUNIR UZ ZAMAN

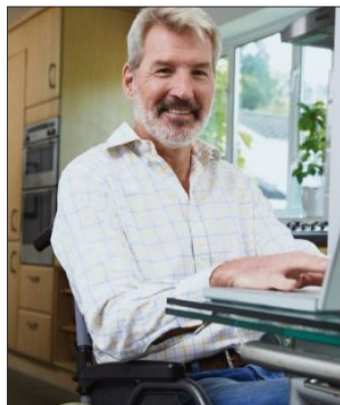
EUROPA-SPLITTER

Die Arbeitswelt im Fokus

BRÜSSEL: Regierungschefs und EU-Gesetzgeber beschäftigten sich mit neuen Entwicklungen

Mitte des Monats hat sich die EU der Arbeitswelt angenommen. Die verstärkte Digitalisierung und Robotisierung und der Einsatz künstlicher Intelligenz werden ihren Preis haben. Auch die Entwicklung der digitalen Plattformwirtschaft wird das Arbeitsumfeld verändern. Dies haben die Staats- und Regierungschefs in Schlussfolgerungen zur „Arbeitswelt im Wandel“ unterstrichen. Doch nicht alles Neue ist negativ.

Neuartige Verträge und atypische Beschäftigungsverhältnisse können für die Beteiligten auch den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Auch für Langzeitarbeitslose können neue Zugänge entstehen, was zur sozialen Inklusion beitragen kann. Dennoch unterstreichen die Schlussfolgerungen der Staats- und Regierungschefs, dass das Augenmerk darauf gelegt werden muss, dass Arbeitgeber in dieser neuen Welt



Die Arbeitswelt erfährt gerade einen immensen Wandel.

nicht ihre Verpflichtungen unterlaufen. Als weitere Risiken werden angeführt: In neuen atypischen Arbeitsverhältnissen können die Grenzen zwischen Berufs- und Privatleben verschwimmen, durch Heimarbeit droht potenzielle Isolation von einem gemeinschaftlichen Ar-

beitsumfeld und das Arbeiten mit Robotern bringt auch Gefahren mit sich. Die Staats- und Regierungschefs rufen deshalb die Staaten auf, behutsam zu sein, Daten zu sammeln und zu prüfen inwieweit das gegenwärtige Arbeitsrecht die moderne Gesellschaften abdeckt.

Ein Teilbereich des Arbeitsrechts wurde letzte Woche harmonisiert: Eine neue EU-Richtlinie über „transparente und vorhersehbare Arbeitsbedingungen“ in der EU legt Mindeststandards fest für die Bereitstellung von Informationen an den Arbeitnehmer (welche Informationen muss der Arbeitgeber wann dem Arbeitnehmer zukommen lassen). Ebenso für die Höchstdauer einer Probezeit (6 Monate), die Mehrfachbeschäftigung (der Arbeitgeber darf diese nicht verbieten) oder die Vorhersehbarkeit der Arbeit. Pflichtfortbildungen müssen kostenlos sein und mög-

lichst während der Arbeitszeit stattfinden. Eine Kündigung aus dem Grunde, dass Rechte aus der EU Richtlinie in Anspruch genommen werden ist rechtswidrig.

Auch das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern war letzte Woche ein großes Thema in Brüssel. Nicht nur weil Frauen 4-mal häufiger als Männer einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen verdienen sie bei gleicher Arbeit weniger als Männer. Die Gründe liegen auch nicht in Unterschieden im Bildungsniveau, da Frauen – so stellen die Staats- und Regierungschefs einstimmig fest – bessere Leistungen im Bildungsbereich erzielen als Männer. Vielmehr ist der Lohnunterschied Frucht eingefleischter Geschlechtsstereotypen, die sich nur durch aktive politische Maßnahmen langfristig beseitigen lassen. In dieser Hinsicht bleibt viel zu tun.

4 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



„Dolomiten“: Wie wollen die EU-Regierungschefs die Gleichstellung von Frau und Mann erreichen?

Toggenburg: Mädchen und Buben sollen sich unbeeinflusst von traditionellen Rollenbildern für Ausbildungen und Berufe entscheiden. Wichtig ist, eine gute, erschwingliche Betreuung bereitzustellen – auch für alte und pflegebedürftige Menschen. Sonst sind es wieder die Frauen, die die Pflege übernehmen und kein Geld verdienen können.

„D“: Zumindest bei der Kinderbetreuung ist dies doch kein Problem mehr?

Toggenburg: Stimmt nicht. Die Barcelona-Ziele wurden noch nicht in allen EU-Staaten er-

reicht. Wobei Italien klar besser abschneidet als Österreich.

„D“: Was sind die Barcelona-Ziele?

Toggenburg: 2002 einigte man sich darauf, dass die EU-Staaten bis 2010 eine Verfügbarkeit von Betreuungseinrichtungen für 90 Prozent der Kinder zwischen 3 Jahren und dem Schulpflichtalter herstellen. Und für 33 Prozent der Kinder unter 3.

„D“: Generell ist das Arbeitsrecht keine EU-Angelegenheit?

Toggenburg: Zum Teil. Insbesondere ist natürlich das Europarecht für jene 17 Millionen EU-Bürger relevant, die nicht in ihrem eigenen EU-Heimstaat arbeiten. So wurde letzte Woche in Bratislava eine Europäische Arbeitsbehörde geschaffen. Sie soll zu einer fairen Arbeitskräftemobilität in der EU beitragen. Ende 2019 beginnt sie mit ihrer Arbeit.

* *Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Uni Graz.*